



Presseinformation

Nr. 359/2009

Kiel, Freitag, 18. Dezember 2009

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Änderung Schulgesetz, Entlastung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen von G 8

Cornelia Conrad: G 8 praktikabel und leistbar gestalten!

In ihrer Rede zu **TOP 6 und 28** (Schulgesetz/G 8) sagte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Cornelia Conrad**:

„Derzeit läuft ein Volksbegehren zum Erhalt der Realschulen in Schleswig-Holstein. Aus Respekt vor dieser Initiative haben CDU und FDP für den Fall, dass das Quorum erreicht wird, vereinbart, den Schulträgern die Möglichkeit einzuräumen, Realschulen als Angebotsschulen zu erhalten. Sollte das Volksbegehren diese erste Hürde nehmen, werden wir das Schulgesetz ändern, um die rechtlichen Voraussetzungen für den Erhalt der Realschule zu schaffen.

Nach der derzeit geltenden Frist im Schulgesetz würden Haupt- und Realschulen Mitte des Jahres - also vor Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes - in Regionalschulen umgewandelt werden. Daher will die Koalition durch den vorliegenden Gesetzentwurf die Umwandlungsfrist um ein Jahr verlängern. Weiterer Punkt des Gesetzes ist die Verlängerung der Übergangsfrist für die Umwandlung der kooperativen Gesamtschulen. Hier gab es auch den Wunsch für eine Fristverlängerung, der wir in der Koalition gerne nachgekommen sind.

Dazu sind noch Änderungen im Schulgesetz - beispielsweise in § 147 - notwendig, die dieser Gesetzentwurf noch nicht enthält. Die notwendigen Änderungen werden im Wege der Ausschussberatungen nachgereicht.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Als neue Frist für die Haupt-, Real- und auch die kooperativen Gesamtschulen soll nun das Ende des nächsten Schuljahres gelten – also der 31. Juli 2011.

Denn Schüler, Eltern und Lehrer sind nach den massiven Umstrukturierungen der Schullandschaft in den letzten Jahren unter sozialdemokratischer Führung schon genug beansprucht worden. Sie sollen wieder in ruhiges Fahrwasser gelangen, um in Ruhe arbeiten und ihrer eigentlichen Aufgabe, der Bildung nachkommen zu können.

Wir werden den Schulen mehr Entscheidungsfreiheit geben. Apropos Eigenverantwortung: Das bringt mich zum zweiten Themenfeld: Die verkürzte Schulzeit der Gymnasien - kurz G 8.

„G8 macht unsere Schüler kaputt“,
„Unsere Kinder sind völlig überlastet...“

Solche und ähnliche Nachrichten erreichen uns täglich. Das zeigt erneut, dass das von der SPD hinterlassene Bildungssystem im Land weiter elementare Defizite aufweist, was letztlich unseren Kindern und ihrer Bildung langfristig schadet. „Schluss mit überstürzten Schulreformen ohne Einbeziehung der Beteiligten“ forderte der Philologenverband Anfang 2008 - und das völlig zu Recht! Wir können nun nicht alles umstoßen und neu aufstellen – das wollen wir auch nicht, denn letztlich muss für Schüler, Lehrer und Eltern nach dem Reformwirrwarr auch endlich einmal Kontinuität und Zeit zum Durchatmen sein. Unsere Aufgabe muss es sein, an den notwendigen Stellschrauben zu drehen und das vorhandene System den Bedürfnissen aller Beteiligten anzupassen. Gezielt und nicht kopflos. Entsprechend der Vorgaben der Kultusministerkonferenz ist zur Erreichung des Abiturs nach 12 oder 13 Jahren ein Gesamtstundenvolumen von mindestens 265 Jahreswochenstunden vorgesehen. Die Komprimierung von 9 Gymnasialjahren auf 8 führt daher zwangsläufig zu einer Arbeitsverdichtung.

Viele Schüler, Lehrer und Eltern klagen zu recht über die hohe Belastung, die der verkürzte Weg zum Abitur mit sich bringt. Wenn der Alltag eines Schülers sich so darstellt, dass er morgens um sechs aufsteht, um den Bus oder den Zug zu erreichen, dann sein zwangsläufig verdichtetes Arbeitspensum in acht Stunden in immer größer werdenden Klassen abspult, um abends gegen fünf wieder zu Hause sein, wo dann noch Hausaufgaben warten, so sollte sich jedem erschließen, dass das nicht im Sinne der Sache sein kann. Klar, dass dabei Sport, Freunde, Kultur viel zu kurz kommen – das kann Ihnen jeder Sportverein, jede Musikschule bestätigen. Das zeigt, dass wir genau hinschauen müssen, wie wir G8 praktikabel und leistbar gestalten.

Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen, die Lehrpläne müssen angepasst werden und das Arbeitspensum für Lehrer und Schüler wieder leistbar werden.

Man kann aber nicht G 8 ohne G 9 diskutieren. So hat auch die Koalition vereinbart, zugleich zur Senkung der Arbeitsbelastung bei G 8 den

Gymnasien die Wahlfreiheit einzuräumen, wieder einen neunjährigen Bildungsgang bzw. eine Kombination beider Modelle zu ermöglichen.

Aus unserer Sicht schaffen wir damit ein Bildungsangebot, dass den Voraussetzungen der Schüler optimal gerecht wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD:

Immerhin haben sie jetzt erkannt, dass das, was noch vor wenigen Monaten aus dem Hause ihrer Ministerin kam, lücken- und fehlerhaft war.

Das überstürzte und unüberlegte Handeln führt also zwangsläufig zu den notwendigen Nachbesserungen, die der Minister Dr. Klug bereits seit langem angemahnt hat.

Wir setzen uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner dafür ein, die Qualität der Bildung zu verbessern und eine gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen zu gewährleisten.

Unsere Kinder werden es uns danken!“